

## Die ungeheure Mißwirtschaft der Stadt Berlin

Große Protestkundgebung der Einzelhandelsgemeinschaft – Wie Verluste auf Kosten der Steuerzahler in „Gewinne“ umgewandelt wurden – Sogar das Haarschneiden sollte sozialisiert werden – Kieburgs schwarzer Korruptionsfonds

Die Einzelhandelsgemeinschaft Groß-Berlin hatte am Dienstagabend zu einer großen Protestkundgebung gegen das Monopolsystem anlässlich des Falles Sklarek eingeladen. Der Leiter der Versammlung, Bezirksverordneter Perl, erzählte, daß den Gebrüdern Sklarek ursprünglich im ersten Verträge nur die Erlaubnis zur Belieferung der städtischen Fürsorgestellen gegeben worden wäre; bei der ersten Fortsetzung wäre ihnen das Recht hierzu erteilt worden und schließlich wurde ihnen die Berechtigung zur alleinigen Lieferung verliehen. Es liegt also eine ganz deutliche systematische Steigerung vor.

Stadtverordneter Haake, der Obermeister der Schneiderinnung, gab einige interessante Einzelheiten bekannt, aus denen hervorging, daß der Magistrat von den Dingen Kenntnis gehabt haben müsse und sich nicht auf die Tätigkeit untergeordneter Organe berufen könnte. Bei Auflösung der Medizinalabteilung der Berliner Anschaffungsgesellschaft beispielsweise wäre der ganze unverkäufliche Rest an Medikamenten den Krankenhäusern aufgehäuft worden. Man muß sich vorstellen, wie unverantwortlich gerade diese Handlungsweise ist, denn diese abgelagerten und zum Teil unbrauchbaren Medikamente waren nur zum Schaden der Kranken zu verwenden. Haake betonte, daß mit dem ganzen System endgültig Schluß gemacht werden müsse; derartige Lizenzverträge müßten in Zukunft nie wieder abgeschlossen werden.

Sehr aufschlußreiche Angaben über die städtische Mißwirtschaft machte der Stadtverordnete Merkel. Er erzählte, daß es 252 kommunale Wirtschaftsbetriebe der Stadt Berlin gäbe. Es sei sogar vor einiger Zeit erwogen worden, das Haarschneiden zu sozialisieren (!). Die meisten städtischen Betriebe arbeiteten mit Unterbilanz. 56 Betriebe zahlen überhaupt keine Umsatzsteuer, 34 weniger als 10 RM. jährlich. So zahlt die Städtische Desinfektionsanstalt in Zehlendorf 95 Pf., das Schwimmbad Jungfernheide 1,25 RM. Umsatzsteuer bei einem Reingewinn von 17 681 RM. Der Städtische Fuhrpark Tempelhof zahlt 5,10 RM., der Fuhrpark Reinickendorf 2,75 RM., der Weißenseer ganze 1,75 RM. Gewerbesteuer zahlen im ganzen nur 28 Betriebe. In den Jahren 1924–1927 haben 145 dieser Wirtschaftsbetriebe mit erheblicher Unterbilanz gearbeitet, darunter die 1929 aufgelöste Großhandelsgesellschaft mit 512 520 RM. Verlust, die KVG. mit 1 368 900 RM. Verlust. Der Stadtfuhrpark hat 1927 ein Defizit von 35 000 RM. gehabt, das sich 1928 auf 615 710 RM. erhöht hatte. Die Städtische Brennstoffgesellschaft hat einen Verlust von 884 000 RM. gehabt; diesen habe man in Gewinn umgewandelt, indem man den Debetposten einfach gestrichen habe, natürlich auf Kosten der Steuerzahler. So sieht die Bilanzierung in den städtischen Betrieben aus, und man muß sich fragen, welche Verluste herauskommen würden, außer denen, die schon bekannt sind, wenn überall richtig nach kaufmännischen Grundsätzen bilanziert werden würde.

Schon zu Kieburgs Zeiten habe ein schwarzer Fonds existiert, und nur wer Zahlungen an diesen Fonds leistete, hatte Aussicht, Aufträge zu erhalten. Die Verfügung über diesen Fonds habe ausschließlich Herr Kieburg gehabt.

In welcher haarsträubenden Weise die Sklareks sich Geld verschafft haben, geht aus folgendem Vorfall hervor: Ein Posten Herrenanzüge sei zwischen der KVG. und der BAG. sechsmal hin- und hergegangen; jedesmal wurde die Annahme verweigert, jedesmal aber habe die BAG.

die Rechnung bezahlt. Jede dieser Lieferungen wurde durch Umetikettierung als Neulieferung frisirt. Die Bekämpfung dieser unerhörten Mißstände sei, so schloß der Redner, nicht Angelegenheit einer Partei, sondern der Allgemeinheit. Der selbständige Unternehmer könne nicht ersetzt werden durch Beamte, die ihre Kenntnisse aus Parteibüchern beziehen.

Herr Heinrich Grünfeld berichtete in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Berliner Handelskammer, daß diese seinerzeit eine Eingabe gegen die Monopolverträge gemacht habe, die die Interessen der Stadt und des Unternehmertums schwer schädigten. Das Gutachten der Handelskammer sei aber unberücksichtigt geblieben. Überhaupt müsse man leider die Beobachtung machen, daß die Gutachten der Handelskammer, also einer offiziellen Vertretung von Handel und Industrie, oftmals als Interessentenäußerung angesehen und ignoriert würden.

Herr Dr. Maaß, Vorsitzender des Vereins der Textildetaillisten Groß-Berlins, machte bekannt, daß sich der Magistrat noch vor kurzer Zeit überlegt hatte, ob man nicht das Monopolrecht aus den Sklarek-Verträgen im Interesse der Konkursmasse meistbietend veräußern sollte. Angebote von Interessenten liegen ja schon vor. Die Tatsache, daß beim Magistrat eine solche Verwertung ernstlich diskutiert worden ist, stellt schon eine Ungeheuerlichkeit dar.

Eine zum Schluß angenommene Entschliebung fordert, daß die wirtschaftliche Betätigung der Berliner Stadtverwaltung in einer Weise geregelt wird, die den berechtigten Interessen der Stadt entspricht und allen Kreisen der Wirtschaft die Möglichkeit zur Lieferung auf Grund des freien Wettbewerbs gibt.

Die Fachgruppe Bekleidungsindustrie beim Reichsverband der Deutschen Industrie hat an den Berliner Bürgermeister Scholz ein Schreiben gerichtet, in dem die dringende Bitte ausgesprochen wird, den nunmehr gelösten Monopolvertrag in keinem Fall mit einem anderen Einzelunternehmen zu erneuern. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Wir schließen uns in dieser Hinsicht vollkommen den von dem Berliner Einzelhandel erhobenen Vorstellungen an. In jedem Falle bitten wir vor irgendwelcher Beschlußfassung sowohl den Vertretern des organisierten Einzelhandels als auch Vertretern der Bekleidungsindustrie Gelegenheit zu einer mündlichen Rücksprache zu geben. Wir sind gerne bereit, Vorschläge für eine Regelung zu machen, die den Interessen der Stadt wie den Interessen der Industrie und des Handels in gleichem Maße Rechnung tragen. Wir geben gleichzeitig unserem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß der Magistrat sich nicht hat entschließen können, den Vorschlägen der Vertreter der Warengläubiger auf Herbeiführung des Liquidationsvergleiches zu entsprechen. Durch die nunmehr beschlossene Eröffnung des Konkurses wird ohne Not eine wesentliche Schädigung der Gläubiger herbeigeführt.“ (I/8) („Textilwoche.“)

**Kleine Anzeigen,** Gehilfengesuche, Reparaturanzeigen, Gelegenheitskäufe usw. gehören **in die UHRMACHERKUNST**